

Neuordnung der höheren Schulen.

Dresden. Das Kultusministerium hat die Neuordnung der höheren Schulen in Sachsen beschlossen.

In einer Besprechung, die der Minister Dr. Heiler gestern vormittag mit Vertretern der Schulen und anderen Angehörigen der Schulverwaltung abhielt, wurde die Neuordnung der höheren Schulen in Sachsen beschlossen. Dem Kultusministerium lag daran, nicht nur ein festes Programm für die Zukunft zu geben, sondern auch die Verhältnisse zu modernisieren und eine Vereinfachung der Schulstruktur zu bewirken. Die Neuordnung der höheren Schulen ist ein wichtiger Schritt in der Schulreform. Sie soll die Schulverwaltung vereinfachen und die Schulqualität verbessern. Die Neuordnung wird in drei Stufen durchgeführt. In der ersten Stufe werden die Schulstrukturen vereinfacht. In der zweiten Stufe werden die Schulprogramme modernisiert. In der dritten Stufe werden die Schulstrukturen weiter vereinfacht. Die Neuordnung wird im nächsten Jahr in Kraft treten.

Der „Fall Seyfert“ im Landtage.

Die deutschnationale Landtagsfraktion hat folgende Anfrage an die Regierung gestellt: In der Veröffentlichung „Der Fall Seyfert“ in der Zeitschrift „Die höhere Schule“ vom 17. 4. Jahrgang, sind die in der Zeitschrift des Kultusministeriums zur Neuordnung der Lehrerbildung verwendeten Zahlen und Berechnungen zum Teil als irrig und auf falschen Schätzungen beruhend widerlegt worden. Ist die Regierung geneigt, eine Nachprüfung der Zahlenangaben und ihrer Quellen in ihrer Zeitschrift vorzunehmen?

Zeitfragen des Reichsbahnpersonals.

Eine in Dresden von der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner E. B. der Gewerkschaft der technischen Eisenbahnbeamten (G. E. B.) der Deutschen Verkehrsbeamten-Gewerkschaft und dem Bund deutscher Lokomotivführer gemeinsam einberufene Versammlung beschäftigte sich eingehend mit den ausstehenden Zeitfragen des Reichsbahnpersonals. Ein Hauptgegenstand bildete die Frage der Betriebsfreiheit in Verbindung mit dem Personalabbau. Bei der heutigen Anspannung des Personals würde jede weitere Beschränkung die schweren Gefahren bedingen. Die Versammlung beschloss, sich weiter mit der Frage des Personalabbaus zu befassen. Sie erklärte einstimmig, dass an dem bestehenden Personalstand keine Kürzungen herbeigeführt werden dürfen, und es wurde gefordert, dass Reichstag und Reichsregierung im Interesse der Pünktlichkeit die Entwicklung der Deutschen Reichsbahngesellschaft zu überwachen habe. Einstimmig wurde nachstehende Entschließung angenommen:

Die Eisenbahner verlangen von Reichstag und Reichsregierung eine Nachprüfung der die Reichsbahn betreffenden Beschlüsse und ihrer Auswirkung, insbesondere halten es die Beamten für unbedingt notwendig, dass die Frage der Betriebsfreiheit allein ausschlaggebend ist für die gesamte Geschäftsführung. Es ist deshalb erforderlich, dass vor jeder weiteren Personalverminderung geprüft wird, ob diesem Gesichtspunkt genügend Rechnung getragen ist. Schon heute ist das Personal in Betrieb und Verkehr in einer derartigen Weise angespannt, dass jede weitere Beschränkung schwere Gefahren für die Bedienten und das reisende Publikum mit sich bringt. Die Reichsbahn hat wiederholt erklärt, dass sie nicht beabsichtigt, das bewährte Beamtenpersonal zu beschränken. Im Widerspruch mit dieser Erklärung steht aber die Tatsache, dass noch ständig eine Verminderung der Beamten vorgenommen wird. Dabei ist besonders bedauerlich, dass diese Verminderung von Beamten nicht vorgenommen wird, weil etwa Dienstposten entfallen. Der Dienst muß vielmehr zum Teil von anderen Beamten und zum Teil von Arbeitern übernommen werden. Diese Entwicklung bringt eine dauernde Benutzungslosigkeit namentlich in die Reihe der Reichsbahnbeamten und ihrer Angehörigen. Die Aufregung wird aber noch dadurch gesteigert, dass die Reichsbahn beabsichtigt, die gesetzliche Pension durch eine Pensionskasse nach dem Muster der Beamten-Krankenkasse zu ersetzen. Die Eisenbahner erwarten, dass Reichstag und Reichsregierung im Interesse der Pünktlichkeit und der Beamten eine derartige Entwicklung nicht zulassen.

Die Hochwasserschäden in Sachsen.

Die Entscheidung des sächsischen Ministeriums über die Regelung der Hochwasserschäden wird den Kreis- und Amtshauptmannschaften in den nächsten Tagen zugehen. Sie sieht folgendes vor: Aus Reichs- und Landesmitteln werden zur teilweisen Deckung der Hochwasserschäden, die im ganzen Land etwa 12 1/2 Millionen Mark betragen, 4 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden; davon 1,5 Millionen Mark als Darlehen und 2,5 Millionen Mark als Darlehen. Von den Darlehensbeträgen werden 0,4 Millionen Mark und von den Darlehensbeträgen 0,5 Millionen Mark zur teilweisen Deckung der öffentlichen Wege usw. verursachten Schäden abgesetzt werden, so daß zur Einberufung von Privatdarlehen 1,1 Millionen Mark für Darlehen und 3 Millionen Mark für Darlehen übrig bleiben. Sicherstellung ist für die Darlehen nicht mehr vorgesehen, ihre Rückzahlung soll in vier bis fünf Jahren erfolgen. Der Zinsfuß beträgt 4 1/2 v. H. Die zur Verfügung gestellten Mittel werden natürlich nicht ausreichen, wenn sämtlichen Geschädigten eine vollständige Entlastung gewährt werden soll. Die Kreis- und Amtshauptmannschaften werden beauftragt, die auf sie entfallenden Beiträge auf die Bezirksverbände zu verteilen. Letztere sollen sich darauf bemühen, auch dort Rückstellungen zu tätigen, wo ohne sie die wirtschaftliche Existenz der Geschädigten auf schwerer Weise gefährdet sein würde.

währen, wo ohne sie die wirtschaftliche Existenz der Geschädigten auf schwerer Weise gefährdet sein würde. Deshalb ist in allen Fällen zu prüfen, in welchem Verhältnis der amtlich festgestellten Schadenshöhe zu der Gesamtschadenshöhe des Geschädigten steht. Nach den von dem Kultusministerium vorgenommenen Berechnungen wird es möglich sein, mit den verfügbaren Mitteln denjenigen geschädigten Landwirten und Erwerbstätigen, die mehr als 75 v. H. ihrer Gesamtschadens verloren haben, etwa 50 v. H. des Verlustes zu ersetzen. Bei einem Ertragsverlust zwischen 50 und 75 v. H. wird im Durchschnitt mit einer Beihilfe von 33,3 v. H. des Schadens und bei einem Schaden von 25 bis 50 v. H. mit einer solchen von 10 v. H. des Schadens gerechnet werden können. Alle diejenigen aber, mit weniger als 25 v. H. Ertragsverlust werden auf eine staatliche Beihilfe verzichten müssen.

Eröffnung der Polizeiausstellung.

Berlin. (Funknachr.) Die große Polizeiausstellung Berlin 1926 wurde heute mittag unter großer Beteiligung führender Persönlichkeiten des Reichs, der Länder, der Diplomatie, der Wehrmacht und insbesondere der Polizeiverwaltung mit einem Festakt in der Ehrenhalle am Kaiserbaum feierlich eröffnet. An die Begrüßungs- und Eröffnungsreden des Ministers des Innern Severing, des Ministerialdirektors Dr. Wegmann, der zugleich Begrüßungsprogramm des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers verlas, des Oberbürgermeisters Dr. Voigt und des Ministerpräsidenten Braun schloß sich ein erster Rundgang durch die Ausstellung, die eine Fülle des Schönen und Bedeutenden in glänzender Anordnung vereinigt.

Reichskanzler Dr. Marx zur Eröffnung der Polizeiausstellung.

Berlin. (Funknachr.) Reichskanzler Dr. Marx hat an den preussischen Minister des Innern anlässlich der Eröffnung der Polizeiausstellung in Berlin ein Telegramm gerichtet, in dem er ihm besten Gelingen für das große Werk wünscht.

Die Große Polizeiausstellung Berlin 1926, die erste internationale Ausstellung, die nach dem Kriege in Deutschland und in den Mauern der Reichshauptstadt stattfindet, wurde gestern abend durch Vertreter der in- und ausländischen Tages- und Fachpresse einer eingehenden Besichtigung unterzogen. Die von dem preussischen Ministerium des Innern unter Mitwirkung des Berliner Polizeiamtes in nahezu 14-jähriger Arbeit geschaffene Ausstellung ist das größte Werk, das in dieser Art bisher geschaffen worden ist, da die Ausstellung nicht nur die drei vorhandenen Messegelände, sondern noch eine vierte Halle vollständig ausfüllt.

Die Führung der Feste begann mit einem Begrüßungsakt im Ehrenhof der alten Anatomiehalle, wo die Gäste durch den Chef des preussischen Innenministeriums Staatsminister Severing begrüßt wurden. Er führte u. a. aus, daß er als verantwortlicher Polizeiminister des größten deutschen Freistaates es als besonders angenehme Pflicht und freudige Genugtuung empfinde, die Feste Gelegenheit der Eröffnung der Polizeiausstellung zu begrüßen. Gerade dieses Werk sei dazu angetan, einen plastischen Auschnitt aus dem vielseitigen Aufgabengebiet zu geben, das der modernen Polizei obliegt. Die moderne Polizei wolle in dieser Ausstellung zeigen, daß sie frei ist vom Bevormundungscharakter des alten Obrigkeitsstaates und als Diener und Freund der Bevölkerung jede Kritik entgegennehme, die dem ehrlichen Willen gegenseitiger Förderung und Zusammenarbeit diene. Der Minister schloß seine Ausführungen mit dem Wunsch, daß die Ausstellung den Erfolg haben möge, der von allen erwartet und erhofft wird.

Dann nahm Ministerialdirektor Dr. Wegmann das Wort. Er betonte in seiner längeren Ansprache den dreifachen Zweck der Ausstellung: die Zusammenarbeit zwischen dem Reich, den Ländern und mit dem Ausland zu fördern, die Fortbildung der Beamenschaft und die Herbeiführung eines engeren Zusammengehens zwischen Polizei, Publikum und Presse. Der Direktor des Berliner Polizeiamtes Dr. Schild sprach dem Minister des Innern und darüber hinaus der preussischen Staatsregierung seinen aufrichtigen Dank dafür aus, daß zur Durchführung dieser großen internationalen Schau die Reichshauptstadt und die Mitwirkung der Organisation des Berliner Polizeiamtes andererseits wurde. Der Aktionsradius der Berliner Ausstellungsidee erstreckt sich hierdurch eine erfreuliche Erweiterung, die dem Berliner Volk eine Verpfändung, aber auch einen starken Impuls für seine zukünftige Tätigkeit bedeutet.

Er schloß seine Ansprache mit den Worten: „Möge diese Ausstellung ein Symbol sein für das, was diese Ausstellung nach den Absichten ihres Verwalters, des Ministers des Innern, sein will und nach meiner festen Überzeugung auch sein wird: Neue und tragfähige Brücken zu schaffen zwischen der Polizei und den sie besternden großen und bedeutungsvollen Wirtschaftskreisen und darüber hinaus neue Brücken zu schlagen zwischen Polizei und Volksgemeinschaft im weitesten Sinne.“ Der Vorsitzende des Arbeitsausschusses für Handel, Industrie und Handwerk Günther Wolff überbrachte die Wünsche seiner Organisation. Zum Schluß beauftragte Oberbranddirektor Gumpel in einer längeren Ausführung die Frage: „Was hat die Feuerwehr mit der Polizei zu tun?“ Im Anschluß daran erfolgte eine Führung durch sämtliche Ausstellungsräume.

Die landwirtschaftliche Enquete.

Abg. Berlin. Im landwirtschaftlichen Untersuchungsausschuss wurde gestern über den Fortschritt der Arbeiten für die Durchführung der landwirtschaftlichen Reformen und Interessensverhältnisse in der Landwirtschaft beraten. Prof. Lang-Münchberg berichtete für den Sonderausschuss, daß an die gesamten Ausschüsse der Landwirtschaftskammern, des Reichslandbundes und die privaten Ausschüsse die Aufzählung zur Bestandsaufnahme ergangen sei und daß von insgesamt 10 000 Betrieben etwa 6 bis 7 000 die Bestandsaufnahmen eingesandt hätten. Notwendig sei zunächst eine klare Feststellung über die im Buchführungs-system üblichen Begriffe von Weinertrag, volkswirtschaftlichen und privaten Einkommen usw. Darüber wolle der Sonderausschuss für die Buchführungsfragen Sachverständige und wissenschaftliche Mitarbeiter befragen. Prof. Lang berichtete ferner, daß der Sonderausschuss für die Betriebsformen und die Interessensverhältnisse sich durch Verlesung von Fragebogen genauer Kenntnis von der Zukunft der Betriebe und der Betriebsorganisation verschaffen wolle, weil das statistische Material allein nicht zur Klärung genüge. Dr. Hahn berichtete über den Stand der Arbeiten des Sonderausschusses, der sich mit dem Ausbau der Agrarkredit und den Richtlinien für die Verzinsung der gegenwärtigen Staatskredit befaßt. Insbesondere solle die Kreditproblematik bearbeitet werden.

In der Aussprache legte Reichsminister a. D. Dr. Marx dem größten Wert darauf, daß die Rundfragefrage als eine der wichtigsten für die Landwirtschaft (sicherlich in Angriff genommen werde und daß insbesondere ohne jede Rücksicht die Preisfrage geklärt werde.

Nach weiterer Aussprache, in der u. a. Prof. v. Nöldeke-Börschmann meinte, daß das Stillschließen der Betriebe eine Preisermäßigung mit sich werde ziehen lassen können, wenn es die Sicherheit hätte, daß es keine Befehle nicht auf Lager legen müßte, sondern die Befehle dauernd von der Landwirtschaft abgenommen würden.

Der Ausschuss erklärte sich mit den Berichten und Vorschlägen der Sonderausschüsse einverstanden; insbesondere soll die Rundfragefrage schon Sonnabend, den 26. 9., in einem Sonderauschuss weiter verfolgt werden.

Die nächste Sitzung des landwirtschaftlichen Untersuchungsausschusses wird am 8. Oktober stattfinden.

Die Typhuserkrankungen in Hannover.

Hannover. (Funknachr.) Die amtlich mitgeteilte Zahl der an Typhus Erkrankten heute morgen 1744, die Zahl der Todesfälle 117.

Nach Typhusfälle in Marl (Westfalen).

Marl. Hier sind acht Typhusfälle und ein Paratyphusfall festgestellt worden. Gelegentlich einer Konferenz zwischen dem Ortsarzt und dem Kreismedizinalrat wurde festgestellt, daß die Krankheit aus Marl durch einen Knaben eingeschleppt worden ist. Durch diesen Knaben wurde das Krankheitskeim des Hauses infiziert, das inzwischen der Krankheit erlegen ist. Darauf erkrankten mehrere Personen, die sofort in die benachbarten Krankenhäuser geschafft und dort isoliert wurden.

Unwetter in Portugal.

Paris. Nach einer vom „Matin“ wiedergegebenen Meldung aus Lissabon wurde die Gegend von Santarem durch einen Orkan von wenigen Minuten Dauer verwüstet. Am schwersten wurden die Orte Almeirim und Alparca bei Lissabon heimgesucht. Bäume wurden entwurzelt und Dächer fortgerissen; die ganze dortige Ernte ist vernichtet. Todesfälle werden bisher nicht gemeldet.

Politische Tagesübersicht.

Keine deutsche Anleihe für Rumänien. Reichsaussenminister Dr. Stresemann hatte, wie wir hören, in Genf vor seiner Abreise noch eine Unterredung mit dem rumänischen Ministerpräsidenten Averescu über allgemeine politische Probleme. Irgendwelche Spezialfragen sind zwischen beiden Staatsmännern nicht erörtert worden, insbesondere nicht eine deutsche Anleihe für Rumänien oder die Veranlassung der Fines einer solchen Anleihe durch Deutschland. Kommunizierter Antrag auf Einberufung des Reichstags. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat in einem Schreiben an das Präsidium des Reichstags zwecks Besprechung der Fürstenfrage, der Not der Erwerbslosen, der außenpolitischen Ereignisse in Genf und der innenpolitischen Situation den sofortigen Zusammentritt des Reichstags gefordert. Ebenso hat die kommunistische Fraktion die sofortige Einberufung des auswärtigen Ausschusses verlangt.

Die Rahewiniger fordern Niederlegung der Witzens-Kredite. In Anbetracht der bevorstehenden geringen Weizen- und der Roggenpreise des Winterhalbes an der Ruhr sowie deren Abentäufel hat sich, wie aus Kreuznach gemeldet wird, der Rheinische Landbund mit der dringenden Forderung an die zuständigen Stellen gewandt, daß den Witzern die gegebenen Kredite erlassen werden. Des Weiteren wurde mit allem Nachdruck beantragt, daß das Rheingebiet als Rotgebiet erklärt und Steuererlässe in möglichst weitgehendem Maße gewährt werden.

Beschlagnahme des deutsch-finnischen Handelsvertrages durch den finnischen Reichspräsidenten. Der Reichspräsident bestätigte das Gesetz betreffend den vom Reichstag am 7. 9. angenommenen provisorischen Handelsvertrag zwischen Deutschland und Finnland.

Neue Erhöhung des Brotpreises in Frankreich. Der Brotpreis in Paris wird vom 30. 9. ab wieder erhöht, und zwar auf 2,75 Francs pro Kilogramm.

Abd. der Berliner Diplomatie. Der Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Deutschland, Arefinski, ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Botschaft wieder übernommen.

Die Notstandsbeihilfe für die österreichischen Bundesangehörigen bewilligt. Der Nationalrat nahm heute den Gesetzentwurf betreffend die Anwendung einer Notstandsunterstützung in Höhe eines halben Monatsgehältes an die Bundesangehörigen in zweiter und dritter Lesung an unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge auf Einbeziehung der Staatsarbeiter und verwandter Kategorien.

Eine Berliner Ortsgruppe des Republikanischen Reichsbundes. Als Auktat zu der heute und morgen im Berliner Rathaus stattfindenden Reichstagsung des deutschen Republikanischen Reichsbundes wurde gestern abend in einer Versammlung beschlossen, eine Berliner Ortsgruppe des Republikanischen Reichsbundes zu gründen. Zu Vorsitzenden wurden gewählt Polizeipräsident Dr. Friedländer, Gesandter a. D. Hilgenbrand und Ministerialdirektor a. D. Dr. Spieker.

Ein Protest französischer Bürgermeister gegen die französische Regierung. Ministerpräsident Poincaré hat es abgelehnt, die in Paris abgeleiteten Beschlüsse der Regierung gegen die Aufhebung der Interpräfektoren beim Arrondissementgerichte versammelten Bürgermeister zu empfangen. Der Ministerpräsident erklärte sich aber bereit, mit jedem einzelnen der anwesenden Bürgermeister zu sprechen. Die Bürgermeister haben darauf eine Tagesordnung angenommen, in der sie gegen die Haltung einer Regierung protestieren, die sich weigert, loyal mit regierrecht Beauftragten zusammenzuarbeiten.

Große Koalition in Preußen?

Berlin. Zu der Korrespondenzmeldung, daß die Deutsche Volkspartei an das Zentrum herantreten sei zwecks Aussprache über die Möglichkeit einer Regierungserweiterung in Preußen berichtet die Wölfische Zit., daß die Aussprache am Montag zwischen dem volksparteilichen Abgeordneten Leibig und dem Zentrumsabgeordneten Oehlschläger soll. Von dem Ergebnis dieser ersten Aussprache werde es abhängen, in wie weit auch die Demokraten und Sozialdemokraten sich an den Verhandlungen beteiligen werden.

158,8 Millionen Defizit in Preußen.

Abg. Berlin. Aus einer Uebersicht, die von zukünftiger preussischer Stelle über die preussischen Staatseinnahmen und Ausgaben vom 1. April 1926 bis zum 31. August 1926 veröffentlicht wird, ergibt sich, daß die Staatseinnahmen Preußens für die Berichtzeit ein Defizit von 158,8 Millionen Mark aufwiesen. Im einzelnen werden an Einnahmen verzeichnet: aus Reichssteuerermessungen (Staatsanteil) 257,4 Millionen; aus der Grundbesitzsteuer 25,4 aus der Einkommensteuer (Staatsanteil) 174,0